

Inhalt

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	19
Literaturverzeichnis	25
§ 1 Einführung	45
I. Erste Eindrücke	45
II. Was kann das Internet?	50
1. Der Grundsatz	50
2. Informationen zugänglich machen	51
3. Neue Formen der Kommunikation ermöglichen	53
4. Information und Kommunikation ohne Staatsgrenzen werden selbstverständlich	58
a) Die positive Seite	58
b) Die Ohnmacht von Staat und Recht	59
III. Aktuelle Herausforderungen	64
1. Verfügbarkeit personenbeziehbarer Daten	64
2. Gefährdung von Individualrechten	64
3. Neue Grenzen der Informationsfreiheit	65
4. Gefährdung der Anonymität	65
IV. Auswirkungen auf die Arbeit	66
1. Prinzipielle Entwicklungstrends	66
2. Veränderungen in den bestehenden Betrieben	68
a) Veränderte Arbeitsbedingungen	68
b) Kontrollmöglichkeiten	69
c) Auslagerung von Arbeitsplätzen	69
d) Benutzung von Arbeitsmitteln des Arbeitnehmers	70
3. Die Tätigkeit im IT-Sektor	71
4. Einschätzung	72
a) Die schöne Arbeitswelt	72
b) ... kennt Unterschiede in den Lebenschancen	73

c) ... und hat sehr wenig mit Demokratie zu tun	74
d) Trotz allem gibt es Spielräume	75
5. Probleme für das Arbeitsrecht	76
§ 2 Die Einführung von Internetanschlüssen	80
I. Erscheinungsformen	80
II. Die arbeitsvertragsrechtliche Zulässigkeit	81
1. Das Direktionsrecht als Grundlage	81
2. Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes	84
III. Das Problem der Weiterqualifizierung	84
1. Anspruch des Arbeitnehmers auf Weiterbildung?	85
a) § 81 BetrVG	85
b) Nebenpflicht des Arbeitgebers zur Schaffung der Voraussetzungen für die Arbeit	86
c) Tragweite der Arbeitgeberpflicht	87
d) Einbeziehung der Arbeitszeit	88
2. Pflicht des Arbeitnehmers zur Weiterqualifizierung . .	88
IV. Beteiligungsrechte des Betriebsrats	89
1. Allgemeine Aufgaben und Informationsrechte	89
2. Beratungsrechte	91
3. Mitbestimmungsrechte	92
a) Mitbestimmung des Betriebsrats bei Versetzungen nach § 99 i. V. m. § 95 Abs. 3 BetrVG	92
aa) Vorliegen einer Versetzung	92
bb) Übergehung des Betriebsrats	95
cc) Zustimmungsverweigerung	95
b) Mitbestimmung bei Weiterbildungsmaßnahmen .	95
c) Vorliegen einer Betriebsänderung? aa) Grundlegende Änderung der Betriebsorganisation	98
bb) Grundlegende Änderung der Betriebsanlagen .	99
cc) Einführung grundlegend neuer Arbeits- methoden	100
dd) Etappenweise Einführung	101
ee) Interessenausgleich und Sozialplan	101
ff) Anspruch auf einen Berater	102
d) Weitere Mitbestimmungsrechte	103
V. Beteiligungsrechte des Personalrats	103
1. Allgemeine Aufgaben und Informationsrechte des Personalrats	104

2. Anhörungs- und Mitwirkungsrechte	105
3. Mitbestimmungsrechte	107
4. Konkurrenzprobleme	107
VII. Arbeitsschutzrecht	108
1. BildschirmarbeitsVO	109
2. Mitbestimmung des Betriebsrats	110
VIII. Verlängerung der Arbeitszeit	112
1. Einige Fakten	112
2. Vertrauensarbeitszeit und Zielvereinbarung	112
3. Mitbestimmung des Betriebsrats	113
§ 3 Unerlaubte Privatnutzung von Dienstgeräten und andere Pflichtverstöße des Arbeitnehmers	115
I. Einleitung	115
1. Denkbare Fälle	115
2. Der Diskussionsstand	116
3. Rechtsprobleme	117
II. Private oder dienstliche Nutzung?	117
1. Was ist dienstliche Nutzung?	117
2. Privatnutzung aus dienstlichem Anlass	118
3. Privatnutzung	119
III. Erlaubte Internetnutzung zu privaten Zwecken	119
1. Das Grundprinzip: Entscheidungsfreiheit des Arbeitgebers	119
2. Ausdrückliche oder konkludente Erlaubnis	121
3. Rücknahme der Erlaubnis?	125
4. Grenzüberschreitungen	126
IV. Beschränkung auf dienstliche Zwecke – Sanktionen bei Verstößen	128
1. Der Ausschluss der Privatnutzung	128
2. Pflichtverletzungen	129
3. Sanktionen	130
V. Sonstige Pflichtverstöße	132
1. Nichtbenutzung der neuen Technik	133
2. Unsachgemäßer Umgang mit der Technik und Computersabotage	134
3. Bruch der Vertraulichkeit und Übertragung von Dateien	136
4. Beleidigende Äußerungen und Verleumdungen	139
5. Sexprobleme und gewaltverherrlichende Darstellungen	139

§ 4 BYOD – Bring Your Own Device	142
I. Um was geht es?	142
II. Einführung von BYOD	144
1. Arbeitsvertragsrechtliche Voraussetzungen	144
2. Betriebsverfassungsrechtliche Voraussetzungen	145
3. Weitere Voraussetzungen	147
III. Durchführungsprobleme	147
1. Probleme des Datenschutzes	147
2. Probleme der Datensicherung	148
3. Kosten, Beschädigung und Verlust des Geräts	150
4. Herausgabe des Geräts	152
IV. Beendigung der Tätigkeit	153
 § 5 Arbeitsrechtliche Probleme sozialer Netzwerke	154
I. Der soziale Sachverhalt	154
II. Bewerberscreening	157
1. Die Problematik	157
2. Grenzen des Fragerechts und soziale Netzwerke	158
a) Allgemein zugängliche Informationen nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BDSG	159
b) Informationsrecht nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG und der Vorrang der Direkterhebung	160
III. Unterstützung des Arbeitgebers in sozialen Netzwerken?	164
1. Pflicht, aktiv zu werden oder Pflicht, im Betrieb kein soziales Netzwerk zu nutzen?	164
2. Freiwilliges Engagement	165
a) Anlässe und rechtliche Behandlung	165
b) Mitbestimmung des Betriebsrats über Guidelines	167
c) Dienstlicher oder privater Account?	168
d) Abwehr von Beleidigungen und anderen Angriffen	169
IV. Pflichtverletzungen und mögliche Sanktionen	170
1. Angriffe gegen den Arbeitgeber in einem sozialen Netzwerk	170
a) Das Fallmaterial	170
b) Einschätzung	173
2. Rechtmäßige und rechtswidrige Angriffe	175
a) Allgemeine Rahmenbedingungen	175

b) Besonderheiten in sozialen Netzwerken	177
c) Gefährliche Grundrechtsausübung	182
3. Ausgeschiedene Arbeitnehmer	183
§ 6 Das Kontrollpotenzial des Arbeitgebers	
und seine Begrenzung durch den Arbeitnehmerdatenschutz .	184
I. Die Problematik	184
1. Spuren im Netz	184
2. Gezielte Überwachung	185
3. Nutzen und Nachteil technisierter Kontrolle	186
4. Der rechtliche Rahmen	188
II. Anwendung des Telekommunikationsrechts	
im Arbeitsverhältnis?	189
1. Zur Einführung	189
a) TKG, TMG, RStV, BGB	189
b) Vorschriften zum Datenschutz	191
2. Anwendung der §§ 88ff. TKG im Arbeits-	
verhältnis?	192
a) Die rechtlichen Rahmenbedingungen	192
b) Unanwendbarkeit des TKG bei dienstlicher	
Nutzung, Anwendbarkeit bei privater Nutzung .	193
c) Einwände gegen die Anwendung des TKG	
bei erlaubter Privatnutzung	194
d) Konsequenzen der Anwendung des TKG	196
3. Anwendbarkeit der §§ 11ff. TMG im Arbeits-	
verhältnis?	198
4. Allgemeiner Arbeitnehmerdatenschutz	199
III. Kontrolle der dienstlichen Nutzung von Einrichtungen	
der Telekommunikation	200
1. Persönlichkeitsschutz des Arbeitnehmers	200
a) Allgemeiner Grundsatz	200
b) Mithören von Telefongesprächen	200
c) Erfassen von Telefonaten	202
2. Übertragung auf die aktuelle Situation	203
3. Konkrete Konsequenzen	204
a) Behandlung von E-Mails	204
b) Kommunikation im Intranet	207
c) Nutzung des Internet	208
4. Arbeitnehmer mit Sonderstatus	210
a) Träger von Berufsgeheimnissen	210

b) Beschäftigte mit fachlicher Unabhängigkeit	212
c) Wissenschaftler	212
5. Verwertungsverbot	213
IV. Kontrolle der privaten Nutzung von Einrichtungen der Telekommunikation	214
1. Anforderungen des TKG	214
a) Wahrung des Fernmeldegeheimnisses nach § 88 TKG	214
b) Technische Schutzmaßnahmen nach § 109 TKG .	216
2. Anforderungen des TMG	217
3. Anforderungen bei »Mischtatbeständen«	219
V. Mitbestimmung des Betriebsrats	220
1. Der Tatbestand des § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG	220
2. Anwendung auf E-Mail, Intranet und Internet	223
3. Ausübung des Mitbestimmungsrechts	224
4. Gestaltungsspielraum	225
5. Einzel- oder Gesamtbetriebsrat?	226
6. Rahmenbetriebsvereinbarungen	226
VI. Mitbestimmung des Personalrats	227
1. Der Grundsatz	227
2. Konkretisierung durch die Rechtsprechung	228
3. Konsequenzen	229
VII. Verwertungsverbote	230
1. Die Problematik	230
2. Allgemeines Verwertungsverbot oder nur Schutz des Persönlichkeitsrechts als Grenze?	230
3. Verstoß gegen betriebsverfassungsrechtliche Normen	233
a) Unabhängigkeit beider Seiten	233
b) Verletzung von Mitbestimmungsrechten	234
4. Erkenntnisse über Dritte	236
§ 7 Arbeitnehmerdaten im Netz	237
I. Sachverhalte	237
II. Übermittlung von Arbeitnehmerdaten an ein anderes Konzernunternehmen im Inland	239
1. Anwendung des TKG und des TMG	239
2. Zulässigkeit nach BDSG	240
a) Einwilligung	241
b) Rechtfertigung nach § 32 BDSG	244

c) Zulassung durch Konzernbetriebsvereinbarung	247
d) Auftragsdatenverarbeitung?	248
e) Sensible Daten	248
III. Übermittlung von Arbeitnehmerdaten an ausländische Niederlassungen des Konzerns	248
1. Anwendbarkeit des BDSG	249
2. Inhaltliche Regelungen zur Datenübermittlung über die Grenze	250
IV. Arbeitnehmerdaten im Internet	253
1. Die bewusste Verwendung im Internet	253
2. Der Sonderfall: Fotos im Internet	257
3. Bewertungsportale	258
a) Die Spickmich-Entscheidung des BGH	258
b) Weitere Anwendungsfälle	260
c) Haftung für rechtswidrige Aussagen	260
4. Sonstige Arbeitnehmerdaten im Internet	262
§ 8 Das Internet-Arbeitsverhältnis	263
I. Ein neues Phänomen?	263
II. Abschluss, Veränderung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses per Internet	265
1. Der Grundsatz	265
a) Formfreiheit	265
b) Anforderungen des Nachweisgesetzes	266
2. Die Schriftform nach § 623 BGB	267
3. Tarifliche Schriftform	268
III. Die arbeitsrechtliche Behandlung ausgelagerter Arbeitsplätze	268
1. Ansätze in der Gegenwart	268
2. Arbeitnehmer oder Selbstständiger?	271
3. Betriebszugehörigkeit	273
4. Arbeitsschutz	275
5. Praktische Probleme der Kommunikation mit den Arbeitskollegen	276
a) Betriebsverfassung	276
b) Kommunikation mit den Arbeitskollegen	278
6. Zurückgebliebenes Arbeitsrecht?	278
IV. Das grenzüberschreitende Internet-Arbeitsverhältnis	279
1. Begriff und potenzielle praktische Bedeutung	279
2. Anwendbares Arbeitsrecht	280

a)	Klage des im Ausland tätigen Arbeitnehmers	281
b)	Klage eines in Deutschland tätigen Arbeitnehmers gegen seinen ausländischen Arbeitgeber	283
V.	Arbeitsrecht im virtuellen Unternehmen	285
1.	Annerungen an einen Begriff	285
2.	Arbeitsrechtliche Konsequenzen	287
a)	Normen passen nicht mehr	287
b)	... doch Abhilfe ist möglich	288
§ 9 Betriebsrat und Personalrat im Netz	290	
I.	Die Problematik	290
II.	Der Anspruch des Betriebsrats auf Zugang zum Internet und auf die erforderliche Ausstattung	291
1.	Die Auseinandersetzungen in der Vergangenheit	291
2.	Die aktuelle Situation	293
3.	Einzelfragen	296
III.	Der Betriebsrat im Netz	298
1.	Dienstliche und private Nutzung	298
2.	Benutzung des E-Mail-Systems	299
3.	Verlautbarungen im Intranet	300
a)	Zugang des Betriebsrats	300
b)	Homepage des Betriebsrats im Intranet	302
c)	Ausgestaltung im Einzelnen	302
d)	Ein Wiki für den Betriebsrat	306
e)	Kontrolle durch den Arbeitgeber?	307
f)	Vertragliche Regelung der Rechte aus § 40 Abs. 2 BetrVG?	308
4.	Der Betriebsrat im Internet	309
a)	Was kann der Betriebsrat tun?	309
b)	Das Internet als Informationsquelle	309
c)	Erklärungen des Betriebsrats im Internet	311
(1)	Gesetzliche vorgesehene Außenkontakte	311
(2)	Von der Rechtsprechung akzeptierte Außenkontakte	312
(3)	Zusammenarbeit mit anderen Interessen- vertretungen	313
(4)	Kontakte zu weiteren Behorden	314
(5)	Betriebsrat als Grundrechtsträger	315
d)	Handhabung in der Praxis	316
IV.	Besonderheiten beim Personalrat?	318

§ 10 Gewerkschaftliche Werbung und Information im Netz	319
I. Die Problematik	319
II. Gewerkschaftliche Information und Werbung per E-Mail?	321
1. Der Ausgangspunkt: Der Schutzbereich des Grundrechts der Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 GG	321
a) Die bisherige Entwicklung der Rechtsprechung	321
b) Die Entscheidung des BVerfG vom 14.11.1995	323
2. Anwendung auf den Fall der Information und Werbung durch E-Mail	325
a) Private E-Mail-Nutzung erlaubt	325
b) Nur dienstliche E-Mail-Nutzung erlaubt	325
3. Verhalten einzelner Arbeitnehmer	327
a) Handeln als Gewerkschaftsmitglied	327
b) Reaktion als Angesprochener	328
c) Eigene Initiativen des Arbeitnehmers	328
4. Sonderregeln für den Betriebsrat?	328
III. Gewerkschaftliche Information und Werbung im Intranet	329
1. Zugang der Gewerkschaft als Organisation zum Intranet?	329
2. Gewerkschaftliche Information und Werbung im Intranet durch Arbeitnehmer des Betriebs?	330
3. Sonderregeln für den Betriebsrat?	331
IV. Gewerkschaftliche Homepage im Intranet?	332
1. Die Grundsatzfrage	332
2. Einzelfragen	333
V. Vereinbarungen	334
VI. Exkurs: Druck auf die Arbeitgeberseite durch Aktionen im Internet	335
§ 11 Ein Problem für Informatiker: Schutzrechte an Ideen	338
I. Einführung	338
1. Zur Notwendigkeit, das geistige Eigentum zu schützen	338
a) Der Ausgangspunkt: Die Bedeutung neuer Konzepte	338
b) Argumente gegen einen Schutz	339
c) Argumente dafür	340
d) Besonderheiten im Internet-Zeitalter	341

2.	Die verschiedenen Arten von »geistigem Eigentum«	341
a)	Patente und Gebrauchsmuster	341
aa)	Voraussetzungen der Patentfähigkeit	341
bb)	Rechte des Erfinders	342
cc)	Ausnahmen	343
dd)	Inhalt des Schutzrechts	344
b)	Urheberrechte	344
aa)	Was ist urheberrechtfähig?	344
bb)	Entstehung	345
cc)	Schutzhalt	345
dd)	Dauer	345
c)	Geschmacksmuster	345
d)	Sonstige Schutzrechte	346
3.	Die Einordnung von Computersoftware	347
4.	Schöpferische Leistungen im Arbeitsverhältnis	350
II.	Arbeitnehmer-Erfinderrecht	351
1.	Arbeitnehmer und arbeitnehmerähnliche Personen	351
2.	Die Behandlung von Diensterfindungen	352
3.	Freie Erfindungen	354
4.	Technische Verbesserungsvorschläge	355
5.	Streitigkeiten	356
III.	Arbeitnehmer-Urheberrecht	357
1.	Arbeitnehmer und arbeitnehmerähnliche Person	357
2.	Der Arbeitnehmer-Urheber im Allgemeinen	358
a)	Tätigkeit innerhalb oder außerhalb des Arbeitsvertrags?	358
b)	Übertragung der Verwertungsrechte	359
c)	Die Frage der Vergütung	360
d)	Anbietungspflicht bei außerdienstlichen Werken?	360
e)	Einschränkungen des Urheberpersönlichkeits- rechts?	361
3.	Urheberrechte an Computersoftware	361
4.	Rechtsweg	363
IV.	Geschmacksmuster	363
V.	Sonstige Schutzrechte	365
§ 12	Mögliche Inhalte von Betriebsvereinbarungen	366
I.	Einführung	366
II.	Der formale Rahmen	368

1. Zuständige Interessenvertretung	368
2. Geltungsbereich	369
3. Zielsetzung und Präambel	370
4. Geltungsdauer und Nachwirkung	371
5. Text und Anhang	372
6. Abschließende Regelung?	373
III. Probleme der Einführung	373
1. Erhaltung der Arbeitsbedingungen	373
2. Qualifizierung	376
3. Gleichbehandlungsgrundsatz	377
IV. Die Behandlung von E-Mail	377
1. Dienstliche und private Zwecke	378
2. Vertraulichkeit von E-Mails	379
3. Protokoll- und Verbindungsdaten	381
4. Abwesenheit des Anschlussinhabers	383
5. »Postmaster«	384
6. Benutzung von E-Mail zur innerbetrieblichen Meinungsbildung	384
V. Die Regelung des Zugangs zum Internet	385
VI. Verwertungsverbote	386
VII. Kontrollrechte des Betriebsrats	387
Anhang: Nützliche Internet-Adressen für Menschen, die am Arbeitsrecht interessiert sind	388
I. Gesetzestexte	388
II. Rechtsprechung	389
III. Sonstige nützliche Adressen	391
1. Wenn man einen Anwalt sucht	391
2. Man braucht einen Experten in Technologienfragen	391
3. Wer mehr über Datenschutz wissen will	392
4. Informationen von der Arbeitsagentur	393
5. Texte von Tarifverträgen	393
6. Arbeitsschutz	394
IV. Gewerkschaften	394
1. IG Metall	395
2. ver.di	395
3. IG Bergbau Chemie Energie	396
4. DGB	396
5. Hans-Böckler-Stiftung	396
V. Arbeitgeberverbände	397

VI.	Politische Instanzen	397
1.	Bundesregierung	397
2.	Bundesministerien	397
3.	Einzelinitiativen	398
4.	Deutscher Bundestag	398
VII.	Europa und Internationales	398
1.	EU	398
2.	ILO	399
3.	Internationale Gewerkschaften	400
VIII.	Newsgroups und Diskussionsforen	400
	Stichwortverzeichnis	401